



Hintergrundinformation

Frankfurt, März 2002

Rio 1992: Finanzierung von Umwelt und Entwicklung

Ergebnisse

Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference for Environment and Development, UNCED) 1992 in Rio de Janeiro markiert eine der bedeutendsten umwelt- und entwicklungspolitischen Weichenstellungen der vergangenen Jahrzehnte. Der „Erdgipfel“ in Brasilien brachte Repräsentanten aus 178 Ländern zusammen, um die Belange menschlicher Entwicklung und der Umwelt in Einklang zu bringen.

Die Konferenz, auf der „nachhaltige Entwicklung“ zum internationalen Leitbild wurde, resultierte in einer Reihe wichtiger Vereinbarungen:

- der **Rio-Deklaration**, welche die wesentlichen Grundsätze festlegt, die im Bereich Umwelt und Entwicklung das Verhalten der Staaten untereinander sowie zu deren Bürgern bestimmen sollen
- dem globalen Aktionsprogramm **Agenda 21**
- der **Konvention zum Klimaschutz**
- der **Konvention zum Erhalt der Biodiversität**
- der **Konvention zur Desertifikationsbekämpfung**
- der **Deklaration zum Schutz der Wälder**

In der Folge von Rio wurden weitere Abkommen zur Konkretisierung der Rio-Vereinbarungen zum Schutze des Klimas (Kyoto-Protokoll) und im

Rahmen der Biodiversitätskonvention (Cartagena-Protokoll) getroffen. Zur Fortsetzung der in Rio angestoßenen Bemühungen im Bereich Waldschutz wurde ein internationaler Dialogprozeß eingerichtet, der u.a. zur Entwicklung des Konzepts Nationaler Waldprogramme als umfassendem Politikrahmen für nachhaltige Waldentwicklung geführt hat.

Finanzierung

Die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung wurde auf der Rio-Konferenz als eine Kernaufgabe identifiziert. Kapitel 33 der Agenda 21 beschäftigt sich mit finanziellen Ressourcen und Finanzierungsmechanismen und zählt drei Ziele auf:

1. Festlegung von Maßnahmen in bezug auf die finanziellen Ressourcen und Mechanismen für die Umsetzung der Agenda 21;
2. Bereitstellung neuer und zusätzlicher Finanzmittel, die sowohl angemessen, als auch vorhersehbar sind;
3. volle Ausschöpfung und kontinuierliche Verbesserung der für die Umsetzung der Agenda 21 vorgesehenen Finanzierungsmechanismen.

Auf der Konferenz von Rio verpflichteten sich die Industrienationen, die Entwicklungsländer bei der



Hintergrundinformation

Rio 1992: Finanzierungsfragen

Implementierung der Agenda 21 durch die Bereitstellung von Finanzmitteln und zu unterstützen.

Global Environment Facility

Als wichtigster Finanzierungsmechanismus dient die **Global Environment Facility (GEF)**. GEF wurde gemeinsam vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltbank ins Leben gerufen. Die in der Regel als Zuschuss vergebenen Mittel stehen für vier Bereiche zur Verfügung:

- Klimaschutz (rund 38 % der Mittel),
- Erhalt der biologischen Vielfalt (46%),
- internationaler Gewässerschutz (10%)
- Schutz der Ozonschicht (4%).

GEF-Gelder dienen der Finanzierung der in einem Land über dessen nationale Prioritäten hinausgehende Kosten für den globalen Natur- und Umweltschutz (sogenannte incremental costs). Damit ergänzen sie stets die Eigenmittel bzw. die Mittel, die dem Land aus anderweitiger Entwicklungszusammenarbeit zukommen. Die Mittel für die GEF betragen von 1991 bis 2002 ca. 5,88 Milliarden US Dollar. Nach den USA und Japan ist Deutschland der drittgrößte Geber mit einem Anteil von 11 bis 12 Prozent. Zwischen 1991 und 1998 hat die GEF in 120 Ländern über zwei Milliarden US Dollar für mehr als 500 Projekte bereitgestellt.

Andere Finanzierungsinstrumente

Im Rahmen der **bilaterale Entwicklungszusammenarbeit** bekräftigten die Industrieländer in Rio ihre Zusagen, das im Rahmen der Vereinten Nationen vereinbarte Ziel, 0,7% des Bruttonationalprodukts für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, zu erreichen.

In Hinblick auf die Beschaffung neuer öffentlicher und privater Finanzierungsmittel wurden in Rio

verschiedene Arten der Schuldenerleichterungen, der Einsatz wirtschafts- und steuerpolitischer Anreize und Mechanismen, der Einsatz handelbarer Emissionszertifikate, freiwillige Beiträge von privater Seite, sowie die Neuverteilung von Ressourcen, die für militärische Zwecke vorgesehen sind, erörtert.

Weitere Informationen:

Uwe Klug, Fachbereich Wald, WWF Deutschland, Tel.: 0 69 / 7 91 44-1 40, Fax: 069 / 617221, klug@wwf.de

Diese und weitere Hintergrundinformationen finden Sie im Internet unter: www.wwf.de. Hier können Sie sich auch in unseren kostenlosen WWF-News-Verteiler eintragen.